Freie Demokraten im Hessischen Landtag

ISLAMISCHER RELIGIONSUNTERRICHT

11.01.2010

Weiter sagte Mick: „Auch hier beweisen die Grünen wieder einmal, dass sie das Verfahren nicht verstanden haben. Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn hat bereits darauf verwiesen, dass die Landesregierung prüfen will, ob die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts nach dem Vorbild des christlichen Religionsunterrichts möglich ist. Dafür müssen die Voraussetzungen durch die Verbände geschaffen werden. Zum Beispiel müssen sie das Grundgesetz und die Hessische Landesverfassung anerkennen, ferner müssen sich muslimische Gruppen als Religionsgemeinschaften nach deutschem Recht organisieren. Nur so können sie als Partner des Staates in Betracht kommen. Die Landesregierung zeigt, dass sie die Gespräche konstruktiv führt und so ihrer Verantwortung gerecht wird. Es kann aber keinen Rabatt in der Frage der Voraussetzungen geben, die das Grundgesetz stellt.“

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 24.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=2620